

ISOR aktuell

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nr. 6 / 95 ★ Infopreis: 0,00 DM ★ Gegen Spenden kein Einspruch ★ Juni 1995

WEGE ZU DEUTSCH-DEUTSCHEM FRIEDEN

Das war das Motto, unter dem am Sonnabend, dem 13. Mai 1995 der 3. Bundeskongreß Ostdeutscher Verbände im Berliner Kino International stattfand. Nach ausführlicher Diskussion wurden die Dokumente des Kongresses:

- der Entwurf eines Schlußgesetzes zur Beendigung der politischen Strafverfolgung ehemaliger DDR-Bürger,
- ein Grundsatzdokument zum Komplex Arbeit,
- Forderungen zur Beseitigung des Renten- und Versorgungsunrechts sowie
- Forderungen zum Komplex Mietgesetz, Nutzungsentgeltverordnung und Schuldrechtsänderungsgesetz

und ihre Weiterleitung an die politischen Gremien der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Die Forderungen zur Beseitigung des Renten- und Versorgungsunrechts begründete Dr. Fritz Rösel, GBM.

Aus dem Diskussionsbeitrag von ISOR-Vorstandsmitglied Dr. Dietrich Richter:

... Namentlich die CDU – besonders die Abgeordneten der ostdeutschen Länder – führt einen gnadenlosen Kampf um die weitere Ausgrenzung eines größeren Personenkreises, in den alle ehemaligen MfS-Angehörigen einbezogen werden sollen. Die Verfechter dieser Konzeption wollen, bildlich gesprochen, noch im Nachhinein Blut sehen. Offenbar genügt ihnen der friedliche Verlauf der Wende nicht. Allein die von Bürgerrechtlern kreierte Schärpe „Keine Gewalt“ war noch lange keine Garantie für Gewaltlosigkeit. Die Waffen besaß die andere Seite – die NVA, die VP und die Staatssicherheit. Das sieht auch Herr Diepgen so, und Herr Eppelmann wußte seinerzeit die verantwortungsbewußte und besonnene Haltung der Waffenträger zu würdigen. An Kommandeure gewandt sagte er: „Sie und viele ihrer demokratisch gesonnenen Mitarbeiter aus dem Offizierskorps haben mit dieser Haltung ein Blutbad wie in China oder Rumänien verhindert.“

Als aber die Waffen aus der Hand gelegt waren, begannen die Kriminalisierung von Angehörigen der ehemaligen bewaffneten Organe, politisch motivierte Strafverfolgung und soziale Ausgren-

zung. Die Wurzeln für dieses Vorgehen liegen u. a. in einer unbewältigten Vergangenheit, besonders der Gleichsetzung der DDR mit der Nazidiktatur und der Charakterisierung der DDR durchweg als Unrechtsstaat. Das kann jedoch einer Kritik nicht standhalten. Die Entfesselung des zweiten Weltkrieges, Völkermord und Millionen Tote fallen auf das Konto des faschistischen Deutschlands, aber hierzu ist besonders erwähnenswert, daß viele dieser Entfesseler

**Kartenaktion läuft
auf vollen Touren!**

**Nachforderungen an die
Geschäftsstelle richten!**

**Keine Postkarte sollte
liegen bleiben!**

und Mörder den Schutz der BRD genießen und hohe Renten bzw. Pensionen beziehen. Es ruft schon Verwunderung hervor, wenn einem zu lebenslanger Haft verurteilten Kriegsverbrecher eine Opferrente zuerkannt wird. Das ist doch schon eine recht seltsame Kapriole dieses Rechtsstaates.

Eine Geschichtsaufarbeitung ist dringend geboten, an die aber frei von Emotionen oder Rachegeanken herangegangen werden muß. Keinesfalls darf

die DDR-Geschichte isoliert von der BRD-Geschichte, den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und den Bedingungen des kalten Krieges betrachtet werden. Nur so ist es auch möglich, das Thema MfS sachlich anzugehen, ohne weitere blindwütige Stigmatisierung und einseitige Schuldzuweisung. Es ist nämlich so, das stelle ich als Militärgeschichtler und ehemaliger Offizier der NVA fest: Jeder Geheimdienst in der Welt organisiert seine Tätigkeit entsprechend den Sicherheitsinteressen des jeweiligen Landes nach innen und nach außen. Noch deutlicher: Jeder dieser Dienste observiert, spioniert und organisiert Aktionen, wie gesagt: Jeder! Wer also glaubt, die bundesdeutschen Geheimdienste hätten unter den Bedingungen des kalten Krieges Friedenstauben gezüchtet, der irrt. Der sollte spätestens bei dem Wort Plutonium hellhörig werden.

Die heute in allen Komplexen behandelten Themen, der Kampf um die Beendigung politisch motivierter Strafverfolgung, zur Arbeitsmarktpolitik, zur Wohnungs- und Mietpolitik sowie zur Beseitigung des Renten- und Versorgungsunrechts erfordern ein stärkeres Zusammengehen aller von Unrecht und Ausgrenzung Betroffenen. Solidarität ist also gefragt. ISOR e. V. ist dabei, in diesem Sinne zu wirken und mit anderen Verbänden stärker zusammenzuarbeiten. Allen Versuchen einer Entsolidarisierung muß energisch entgegengetreten werden.

Gleichzeitig appellieren wir an alle Träger politischer Verantwortung, im Sinne von Recht und Gesetz zu entscheiden. Was die Rentenproblematik anbetrifft, muß ihr jeglicher Strafcharakter genommen werden. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Rudolf Dreßler, drückte das so aus: „Statt Rentenstrafrecht künftig nur ein 'bißchen' Rentenstrafrecht, das geht nicht. Halbheiten sind nicht möglich.“...

Eindrücke von Kongreßteilnehmern

Für eine Koalition von unten

Mich beeindruckte die Sachkunde der zu den einzelnen Komplexen Vortragenden und die fundierten Forderungen, die zur Herstellung wirklicher Gleichberechtigung zwischen dem östlichen und westlichen Teil des vereinten Deutschlands aufgestellt und begründet wurden. Jedem wurde deutlich, daß sich alle Probleme, die zur Diskussion standen, immer berührten und damit bewiesen, daß die Kämpfe um wirkliche Gleichberechtigung und innere Einheit nur erfolgreich sein können, wenn sie – wie durch die Einmütigkeit bei den Abstimmungen des Kongresses über die einzelnen Materialien beeindruckend geschehen – koordiniert werden. Alle Ungerechtigkeiten verlangen unsere Gegenreaktion und richtig gesagt wurde, je schwächer wir reagieren, um so mehr macht man mit uns, was man will. Manches geschieht direkt in der Erwartung, zu sehen, ob und wie wir gegen Unrecht reagieren und wie weit man gehen kann! Deutlich wurde dargelegt, daß Abgeordnete in Bonn zumeist gar nicht wissen, was „unten“ vorgeht, also müssen die Bürger es ihnen deutlich machen, müssen Betroffene den Abgeordneten immer und immer wieder, – ob durch Petitionen, persönliche Briefe, Aufsuchen der Sprechstunden gewählter Abgeordneter u.v.a.m. – Nachhilfeunterricht geben und echte Sachkunde vermitteln, so wie es viele ISOR-Mitglieder und

TIG in Wahrnehmung ihrer Verantwortung tun. In Bonn, weit weg von den Menschen und zusätzlich durch die „Bannmeile“ von Volkes Wille und Stimme isoliert, machen Abgeordnete keine Kontakterfahrungen, glauben viele von ihnen an die Richtigkeit ihrer Retortenideen oder halten aus Borniertheit nur das für richtig, was sie selbst glauben wollen. Dagegen hilft nur die uner müdliche und dauerhafte eigene Aktivität, das Sich-nicht-entmutigen-lassen auf der Basis eines gesunden Selbstwertgefühls, das Nicht-müde-werden im eigenen Einsatz und in der solidarischen Unterstützung anderer um ihr Recht Kämpfender. Darin hat mich der Kongreß in seinem Verlauf bestätigt und bestärkt.

Erwin Bach, TIG Berlin-Friedrichsfelde

★

Mich hat beeindruckt, wie engagiert, z. T. sehr emotional, aber stets sachlich, die Vertreter von Verbänden und Organisationen, die besonders uns Ostdeutsche bewegenden sozialen Fragen darlegten. Ihre Diskussionsbeiträge zeichneten sich durch große Sachkenntnis aus und zeigten reale Lösungswege. Schade, daß die eingeladene Politprominenz – es wurden 150 Einladungen verschickt – bis auf Hans Modrow, Gregor Gysi und weitere Bundestagsabgeordnete von der PDS, dem

Kongreß fernblieb. Kamen auf der Zusammenkunft doch die Probleme zur Sprache, deren Lösung Voraussetzung ist für die Erreichung des inneren Friedens. Insofern war der Kongreß ein Spiegelbild unserer Sorgen und Befindlichkeiten.

Die bei vielen Politikern insbesondere aus den alten Bundesländern gegenüber den ostdeutschen Problemen festzustellende Ignoranz, Desinteresse und Gleichgültigkeit kam so auch auf diesem Kongreß zum Ausdruck und bestätigt unsere bisherigen Erfahrungen und Erkenntnisse. Nur durch den Zusammenschluß und das organisierte Handeln Gleichgesinnter, nur durch eine „Koalition von unten“, nur durch lautstarke Proteste und massenhafte Aktionen werden wir erreichen, daß unsere berechtigten Forderungen von den Herrschenden in Bonn gehört werden. Das sind auch die Erfahrungen des jahrelangen Kampfes von ISOR um Rentengerechtigkeit.

Das war auch ein Anliegen des Kongresses, Betroffene und Bedrängte zu ermutigen und zu bestärken, Benachteiligungen und Einschüchterungsversuchen selbstbewußter entgegenzutreten. Das Vorstandsmitglied des Ostdeutschen Kuratoriums, Prof. Uwe-Jens Heuer, sagte dazu: „Wir müssen uns kritisch zu unserer Geschichte stellen, aber wir müssen sie auch als unsere Geschichte verteidigen.“

Primus Stern, TIG Berlin-Treptow

Die Berichterstattung über den Kongreß wird in der nächsten Ausgabe fortgesetzt.

Politiker antworten ISOR

Namens der Berliner Senatorin für Soziales erhielt der ISOR-Vorstand einen Brief von der **Senatsverwaltung für Soziales** mit folgendem Wortlaut:

„Im Laufe der Monate April/Mai 1995 haben uns die jeweils gleichlautenden, von zahlreichen Mitgliedern Ihres Vereins, hier der TIG Berlin-Friedrichsfelde/Karlshorst, unterschriebenen Briefe erreicht, in denen nochmals die Sorge um die Alterssicherung zum Ausdruck kommt. Vor allem wird die Befürchtung geäußert, daß auch nach Revidierung des Rentenüberleitungsgesetzes noch immer strafrechtsähnliche Elemente im Rentenrecht verbleiben könnten. Diese Sorge ist nicht völlig unberechtigt. Denn die politischen Auffassungen sind noch sehr divergierend, wie dies zuletzt auch bei der Anhörung der Ministerinnen und Minister der ostdeutschen Länder sowie der Sozialsenatorin von Berlin im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundesrates deutlich zum Ausdruck kam.“

Frau Senatorin Stahmer hingegen hält – wie Ihnen sicherlich inzwischen bekannt sein dürfte – strafrechtliche Elemente im Rentenrecht für abwegig. Von daher lehnt sie strikt die Vorstellungen der CDU-Bundestags-

abgeordneten (Ost) ab. Sie hält es allerdings auch für unvereinbar, daß sich etwaige Einkommensprivilegien aus früherer Zeit in der heutigen Rentenberechnung fortsetzen. Unser Ziel ist es daher, pauschales politisches Strafrecht in der Rentenberechnung zu beseitigen, aber Entgelte, wo nachweisbar, in begrenztem Umfang zu privilegiieren.

Frau Senatorin Stahmer wird sich mit aller Kraft für eine Novellierung des Rentenrechts einsetzen, die im Interesse des sozialen Friedens in Deutschland liegt. Damit wäre auch gewährleistet, daß die Mitarbeiter des früheren Ministeriums für Staatssicherheit die rentenrechtlich gebotene Aufbesserung ihrer Altersversorgung erfahren...“

Die Senatsverwaltung bat uns, die Mitgliedschaft in geeigneter Weise zu informieren. Wir sind der Bitte gern nachgekommen.

★

Die Thüringische Ministerin für Soziales und Gesundheit, Frau Irene Ellenberger beantwortete ein Schreiben des ISOR-Vorstandes wie folgt: „...Seit der Einführung des RÜG ab 1.1.92 haben die neuen Länder und Berlin die Defizite hinsichtlich des Arti-

kels 3 erkannt und um Korrekturen gerungen...“

Ich bin froh darüber, daß jetzt eine breite Diskussion auf allen politischen Ebenen in Gang gekommen ist, die hoffen läßt, daß in absehbarer Zeit eine tragbare Lösung gefunden werden kann, in die nach meiner Meinung auch die ehemaligen Mitarbeiter des MIS/AfNS einzubeziehen sind...“

★

Auch die TIG Saalfeld hat auf ihre Briefe an Politiker Antwort erhalten. Das **Bürgerreferat der Thüringer Staatskanzlei** schrieb im Auftrage von Ministerpräsident Vogel: „...Ich kann Ihnen versichern, daß es auch der Wunsch der Thüringer Landesregierung ist, durch Korrekturen im RÜG eine befriedigende Lösung zu erreichen...“

★

ISOR-Mitglied Jochen Brixty aus Oschatz erhielt Antwort auf seinen Brief von der Bundestagsabgeordneten Frau Andrea Fischer, **Bündnis 90/Die Grünen**:

„...Wir Bündnisgrünen halten daran fest, daß alle Ansprüche aus Sonder- und Zusatzversorgungssystemen bis zur Beitragsbe-

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

messungsgrenze berücksichtigt werden sollen. Für die Entgelte, die im Bereich des MfS/AtNS erzielt wurden, schlagen wir eine Berücksichtigung der Entgelte in der Höhe vor, wie sie in einem entsprechenden Beruf in anderen Betrieben der DDR erzielt wurden.

Zwischenzeitlich gibt es einen Vorschlag der ISOR, der unseren Vorschlägen sehr weitgehend entspricht bzw. in Teilen noch darüber hinausgeht..."

★

Antwort vom Vorsitzenden des **Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages**, Herrn Horst Eylmann, erhielt ISOR-Mitglied Dr. Heinz Pommer.

„Ihren Brief vom 8. April, in dem Sie bitterlich das den Mitarbeitern der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR widerfahrere Unrecht beklagen, habe ich erhalten.

So sehr ich es zu schätzen weiß, daß Sie sich als Generalmajor des MfS zu erkennen geben (das ist wenigstens ehrlich), so sehr muß ich bezweifeln, ob Sie das Wesen des MfS überhaupt erkannt haben. Sie schreiben doch tatsächlich, daß Sie – wie alle Angehörigen – nach Recht und Gesetz gehandelt hätten. Dies ist eine der kühnsten Aussagen, die seit der Behauptung, die Erde sei keine Scheibe, gemacht worden sein dürfte, unterscheidet sich aber durch ihren Wahrheitsgehalt von letzterer.

Ich habe als ehemaliger Vorsitzender des Schalck-Untersuchungsausschusses gewisse Einblicke in das angeblich so verdienstvolle Wirken des MfS gewinnen können. Dabei hat sich herausgestellt, daß die geltenden DDR-Gesetze seitens des MfS systematisch gebrochen wurden. Darüber hinaus möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß Gesetz und Recht zweierlei sind, wie sich bei kritischer Aufarbeitung der Geschichte des III. Reiches auch Ihnen erschlossen haben dürfte.

Im übrigen finde ich es etwas würdelos, wenn verdiente Tschekisten sich jetzt als Opfer der Zeitenwende präsentieren, die Opfer ihrer Machenschaften aber für noch nicht einmal erwähnenswert halten..."

★

ISOR-Mitglied K. Reichel aus Quedlinburg erhielt eine Antwort von der **Arbeitsgruppe Soziales der CDU/CSU-Fraktion**. Dr. Roppel vertritt hier die Auffassung, daß eine endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts von seiner Fraktion nicht angestrebt wird. In seiner Antwort heißt es: „...Die Gruppe der ostdeutschen Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion hat sich auf Eckpunkte einer Novellierung des RÜG verständigt. Danach soll u. a. der Kreis der von den besonderen Rentenbegrenzungen betroffenen Personen aus sozialpolitischen Gründen deutlich enger gefaßt werden...“

Das sind nur einige Antworten, die der Vorstand, die TIG und einzelne Mitglieder erhalten haben. Aus Platzgründen können wir nicht alle veröffentlichen.

Presseecho

SPD sucht Kompromiß zu Strafrenten Ost

„Der SPD-Vorstand billigte am Montag eine Initiative gegen das Rentenstrafrecht im Osten. SPD-Chef Rudolf Scharping informierte, der Vorstand sei damit einem Vorschlag der Bundestagsfraktion gefolgt. Die will alle Renten im Osten auf gleicher Basis berechnen lassen. Die rentenmindernde „Staatsnähe“ solle abgeschafft werden.

Scharping deutete an, daß ostdeutsche SPD-Politiker Vorbehalte haben. Brandenburg schlage vor, bei einigen Gruppen – so MfS und NVA – die Gehälter „abzuschmelzen“, um „Privilegien abzubauen“. Das sieht die SPD-Fraktion bereits mit der Bemessungsgrundlage von 2700 DM er-

reicht. Man suche einen Kompromiß, der die Bundestagsmehrheit findet.“

(Aus ND vom 23.05.95)

Zitat des Monats:

„Nichts ist geregelt, solange es nicht gerecht geregelt ist.“

Abraham Lincoln

Für wen es kein Rentenstrafrecht gibt

Aus einem Leserbrief von Prof. Dr. Hans Weber, Potsdam, an das ND

„Da behaupten manche, es gäbe in der Bundesrepublik kein Rentenstrafrecht. Das sei eine böswillige Erfindung der „Roten“, Stalinisten u. dgl.. Und sie haben recht! So erhält der wegen Kriegsverbrechen verurteilte SS-Führer Heinz Barth eine ungekürzte monatliche Kriegsopferrente von 800 DM. Auf Anfragen und Proteste wurde erwidert, das Bundesversorgungsgesetz enthalte keine Ausschlußregelungen für bestimmte Personenkreise, z. B. Kriegsverbrecher. Es wird sogar erklärt, der Rentenbescheid sei ohne Kenntnis von Barths SS-Vergangenheit und der Verurteilung ergangen. Das soll den Verantwortlichen für die Rentenfestsetzung entgangen sein? Das Verfahren fand seinerzeit unter großem öffentlichem Interesse – auch international – statt. Zeugen aus Frankreich sagten vor dem Stadtgericht Berlin aus. Und das soll den Beamten nicht bekannt gewesen sein? Zumindest hat man sich darum nicht gekümmert. Das Rentenrecht also ein politisch neutrales, weltanschauungsfreies und für alle gleiches Recht? Das Rentenrecht kein Mittel des Strafrechts? Ja, bei Nazis, Kriegs- und Menschlichkeitsverbrechern.

Das Rentenstrafrecht gilt für diejenigen, die Barth strafrechtlich zur Verantwortung gezogen haben, denn Richter, Staatsanwälte, Untersuchungsführer, die Kriegs- und Naziverbrecher aufspürten und sie bestraft haben, erhalten sämtlich strafgekürzte Renten ...“

(Aus ND vom 16.5.95)

Rentenstrafrecht und kein Ende

Die Kölner Zeitschrift „Politische Berichte“ veröffentlichte in ihrer Ausgabe 8/95 einen längeren grundsätzlichen Beitrag mit obigem Titel von Hans Fricke aus Poppendorf bei Rostock, in dem der Verfasser sich mit den „Reformplänen“ der CDU/CSU auseinandersetzt.

TIG in Kürze

Der Sozialminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Herr Hinrich Kuessner, sprach am 19. Mai auf einer Veranstaltung in Grimmen, zu der der DBwV eingeladen hatte. Vertreter von ISOR, des BRH und des RB nahmen daran teil. Der

Fortsetzung auf Seite 4

Kein „Witz der Woche“

In „Bild am Sonntag“ vom 14. Mai 1995 war zu lesen, daß „auch TOP-Beamte“ spazieren gehen. Dem erstaunten Leser wurden vier pensionierte hohe Beamte der Bundesrepublik vorgestellt, die, im Alter zwischen 45 und 53 Jahren in den verdienten Ruhestand geschickt, jetzt von ihrer kargen Beamtenpension, die zwischen 9.000 und 14.000 DM liegt, leben müssen.

In dieser illustren Runde befindet sich als Spitzenpensionär der ehemalige Staatssekretär im Bonner Wirtschaftsministerium, Prof. Johann Eckhoff, der kürzlich mit erstaunlichen Erkenntnissen über „Rentengerechtigkeit mit Augenmaß“ (FAZ vom 11.04.95) aufwartete. Mit „Augenmaß“ betrachtet er die Renten und Rentner in den neuen Bundesländern. Der Beitrag beginnt mit der Feststellung, daß die Rentenangleichung des Ostens „über das Ziel hinausschießt“ und endet mit dem Standpunkt, „Angleichung heißt nicht zwingend Gleichsetzung und sicherlich nicht eine erhebliche Überschreitung“. Dazwischen erklärt Eckhoff seinen Lesern, warum die Rentner in den neuen Bundesländern niemals mehr Rente bekommen dürften als die Rentner in den alten.

Wie war das doch im bundesdeutschen Beamtenrecht? Die Pensionen der Beamten werden von Steuergeldern bezahlt und der Empfänger braucht dafür keine Mark in die Rentenkasse einzuzahlen. „Das also war des Pudels Kern“ (Goethe) kk

Der Vorstand dankt allen Spendern, die mit ihrer Zuwendung das Wirken der ISOR im Kampf um Rentengerechtigkeit und Beseitigung des Rentenstrafrechts unterstützen.

Fortsetzung von Seite 3

Minister betonte, daß die Novellierung des RÜG in seine entscheidende Phase eingetreten ist. Er bestätigte die Korrektheit der Berichterstattung des ND (siehe Presseecho) und bedauerte in diesem Zusammenhang die Haltung von Frau Hildebrandt. Er hob hervor, daß die politische Entscheidung jetzt getroffen werden müsse. Eine politische Chance, auch im Ergebnis der letzten Wahlen sei gegeben. Durch Briefe an Politiker, in denen am praktischen Beispiel die Ungerechtigkeit geschildert wird, könne dieser Prozeß unterstützt werden. Er betonte mehrfach, daß die Vorschläge von ISOR eine Basis für Verhandlungen sein könnten.

Die TIG Chemnitz gibt unter dem Titel „ISOR Chemnitz informiert“ in unregelmäßiger Folge ein Mitteilungsblatt für ihre Mitglieder heraus. In der Nr. 1 werden die Mitglieder über die Entwicklung der TIG und ihre bisherigen Aktivitäten informiert.

Die Mitglieder der TIG Ludwigslust haben ihren Vorstand beauftragt, folgendes mitzuteilen: Mit keiner sich im Gespräch befindlichen Lösungen, die das Rentenrecht betreffen, sind wir einverstanden, außer den Vorstellungen der SPD-Bundestagsfraktion. Wir sind der Auffassung, daß wohl die Gespräche mit Vertretern des Arbeits- und Sozialministeriums fortgesetzt werden sollen, aber dem Ziel, unsere Rentenangelegenheit durch das Bundesverfassungsgericht entscheiden zu lassen, sollte Vorrang gegeben werden.

Am 4.5.95 fand auf Initiative von 7 Rentner/Seniorenverbänden ein Gespräch mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Bundstagsfraktion, Herrn Uwe Lühr, statt, an der auch Mitglieder der TIG Halle der ISOR e. V. teilnahmen. Im Verlauf des Gesprächs sicherte Herr Lühr zu, daß er keinem Gesetz zustimmen wird, welches auch nur in Ansätzen weitere Ungerechtigkeiten enthält. Er äußerte ferner die Auffassung, daß das Kriterium der Novellierung des AAÜG ausschließlich die Wertneutralität des Sozialrechts ist.

Die TIG Greifswald berichtete über ihr Engagement in der Öffentlichkeitsarbeit sowie über die Bestrebungen, durch verstärkte Mitgliederwerbung unsere Gemeinschaft zu stärken. Sie arbeitet im Seniorenbeirat der Stadt mit und will durch ständige Korrespondenzen „ISOR aktuell“ unterstützen.



Aus der Postmappe

Mühsam aber erfolgversprechend geht es gegen das Rentenstrafrecht voran. Es sind sehr kleine Schritte in Richtung Beseitigung von Unrecht, die da die Bonner Koalitionspolitiker zu gehen bereit sind. Auf alle Fälle wollen die Damen und Herren Zeit gewinnen. Diese Damen und Herren des „Sozialrechtsstaates“, die durch den Druck der ISOR-Mitglieder und vieler Helfer aus anderen Vereinigungen hier und dort ein wenig vom bisher Angedachten und gesetzlich Geregelt abweichen – um christliches Tun zu beweisen – gehen natürlich nicht in die Vollen. Wenn schon Korrekturen, dann erstens nicht für alle – die ISOR-Mitgliedschaft möglichst aufsplintern – und zweitens auch nicht rückwirkend. Nachzahlen hieße ja, dann auch die Witwen und Witwer zu bedenken.

Jetzt heißt es für uns, die realdenkenden Politiker zu unterstützen. Ich habe „Meinungsforscher“ betrieben. Zuerst schrieb ich an drei Herren. Der Herr Ministerpräsident des Landes Brandenburg antwortete. Ich kann leider nicht mitteilen, was er mir eigentlich sagen wollte. Vielleicht soviel: „Wir müssen abwarten, werden schon sehen, sind für Gerechtigkeit, warten Sie.“ Diese Mark Steuergeld hätte gespart werden können. Von Gregor Gysi habe ich keine Antwort erhofft. Er hat genug zu tun. Außerdem kenne ich seinen Standpunkt zum Rentenstrafrecht. Ich schrieb dann noch an den Bundestagsabgeordneten R. D. Ich habe ihm Dank gesagt und ihn beflügelt, weiterzumachen. D. dankte für meine unterstützenden Worte und versprach, bei seiner Ablehnung des Rentenstrafrechts zu bleiben.

Nachdem ich nun an Herren geschrieben habe, geht meine Post jetzt an Damen ab. Frau Hildebrandt bekommt die erste Post. Sie will ja bekanntlich auch nur Stückwerk leisten, Viertel- oder Achtelsoziales.

ISOR-Männer und -Frauen! Laßt Euch nicht spalten und schon gar nicht entmutigen. Schreibt, werbt neue Mitglieder. Wir haben keinen Pessimismus nötig.

Günter Schwarzlose, Oranienburg

§ Die AG Recht informiert:

Widerspruch lohnt sich!

In Ergänzung zur Information zu Wohngeldrückforderungen („ISOR aktuell“ Nr. 3/95) wurde uns durch das ISOR-Mitglied Margot R. aus Berlin mitgeteilt, wie sie erfolgreich einer Wohngeldrückforderung widersprochen hat.

In ihrem Fall hatte die Wohngeldstelle versäumt, nachdem durch diese eine Überzahlung von Wohngeld wegen des durch die Neuberechnung der Rente erhöhten Rentenzahlungsbetrages festgestellt worden war, den ursprünglichen Bewilligungsbescheid für einen konkreten Bewilligungszeitraum aufzuheben und durch einen neuen ordentlichen Bescheid mit der neuen Wohngeldsumme oder mit der Feststellung, daß kein Wohngeld gezahlt wird, zu ersetzen. Ohne diesen Verwaltungsakt ist eine bloße Rückforderung nicht rechtswirksam.

Die „Bescheide über die Rückforderung überzahlten Wohngeldes“ sind also auch genau daraufhin zu prüfen, ob die ursprünglichen Bewilligungsbescheide im neuen Bescheid ausdrücklich aufgehoben werden.

Prof. Dr. Hellmann



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

Rolf Flämig, Callenberg,
Helmut Hofmann, Pirna,
Leo Jochymiski, Leipzig,
Klaus Krumsdorf, Bln.-H'hausen,
Manfred Kruse, Bln.-H'hausen,
Erich Laurich, Pretzsch,
Heinz Loppe, Leipzig,
Kurt Möckel, Chemnitz,
Gerhard Otto, Berlin-Joh'thal,
Gerhard Paul, Berlin-Hellersdorf,
Wilhelm Schuldt, Rostock,
Manfred Weiße, Potsdam-Babelsb.

Ehre ihrem Andenken.

IMPRESSUM

Herausgeber: Vorstand der Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.

Bankverbindung:
Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056
Bankleitzahl: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Telefon: (030) 58 31 43 15
Fax: (030) 58 31 43 16
Postanschrift: ISOR e.V.
Postfach 0423
10324 Berlin

Sprechstunden:
Dienstag 10 bis 12 Uhr
Mittwoch 9 bis 13 Uhr
Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Werner Wunderlich
o/o Geschäftsstelle der ISOR e. V.
Druck: BWP Grafische Werkstätten GmbH 14476 Golm